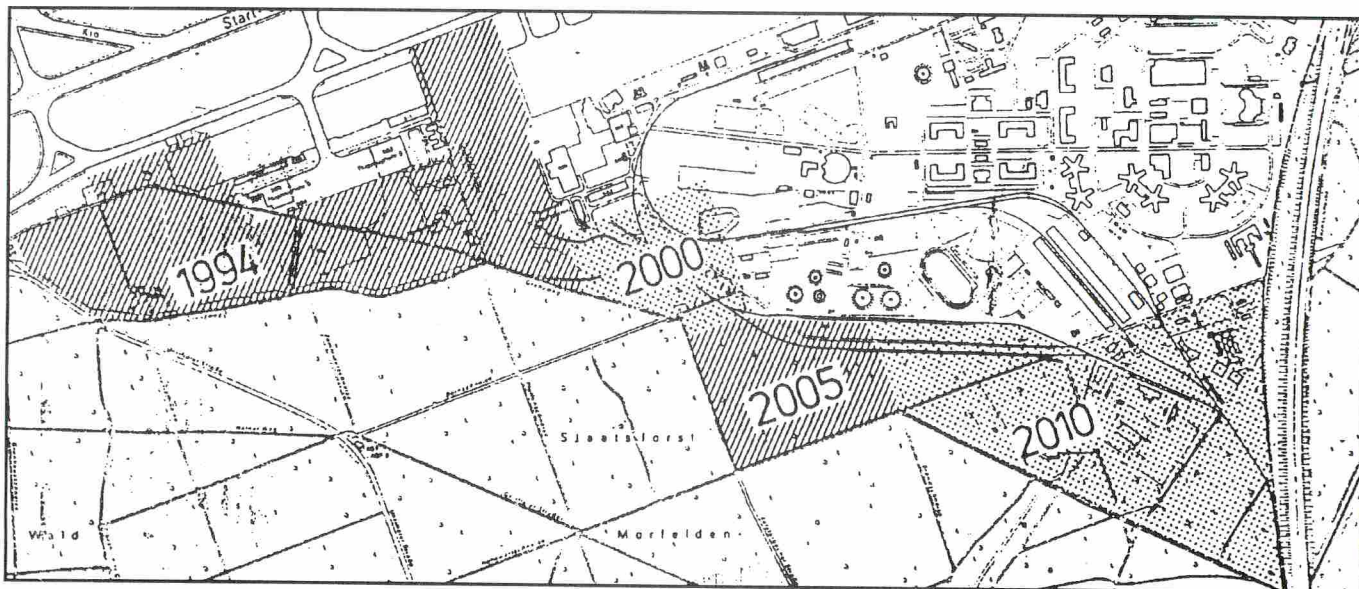




blickpunkt

Nr. 254
Februar 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF



Flughafen an der Stadtgrenze?

In diesen Tagen erhielten wir erstmals die neuesten FAG-Ausbaupläne für den Süden des Flughafens. Zwischen der US-Air Base und dem Nordrand von Walldorf soll die "Cargo City" entstehen. Wenn es nach der FAG geht, wird dort bereits 1994 die erste Ausbaustufe erreicht sein. Bis im Jahre 2010 wäre nach Plan dann alles zugebaut. Offenbar finden bereits Verhandlungen mit den Amerikanern statt - irgendein Deal wird schon dabei herauskommen. Sollten die Pläne Wirklichkeit werden, dann kommen neue große Belastungen auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu. Es wird Wald fallen, Fluglärm und -abgase werden zunehmen. Da die FAG auf "gute Nachbarschaft" Wert legt, hat sie die neuen Pläne den umliegenden Städten noch nicht gezeigt.

CDU und Großkapital Hand in Hand

Kaum jemand redet darüber, daß auch der Flugverkehr am Ozonloch nagt. Man setzt weiter auf Ausbau des Flughafens. Besonders elegant wird er im "Platow-Brief" (ein Unternehmer-Artikeldienst) gefordert. Hier heißt es: "Die räumlichen Fesseln für Frankfurt innerhalb seiner jetzigen Umzäunung müßten sinnvoll gesprengt werden..." Das will auch die CDU, vor allem die

Frankfurter Schwarzen drängen auf Expansion. Die CDU-Fraktion im Römer fordert zusätzliche Kapazitäten im Start- und Landebahnbereich. Na also!

Nicht nur Eisbomben fallen vom Himmel

Über die Risiken, die der ständig wachsende Flugverkehr mit sich bringt, wird wenig gesprochen.

Tatsache ist aber, vor allem die Menschen im Flughafenumland leben besonders gefährlich.

In Bischofsheim fiel ein fußballgroßer Eisklumpen auf die Straße, in Mörfelden wurde ein Dach durchschlagen, in Neu-Isenburg landeten große Triebwerksabdeckungen in einem Vorgarten.

Größer werden aber die Gefahren vor allem durch den völlig überfüllten Luftraum. Die Fluglotsen sind überlastet, ein größerer Crash hängt sozusagen in der Luft.

Was wird nun aus dem alten Rathaus?

Seit Monaten beschäftigt die zukünftige Nutzung des alten Rathauses am Mörfelder Dalles Bürger und Kommunalpolitiker. Zum Jahresende 1991 beschloß die Stadtverordnetenversammlung gegen Stimmen aus der DKP-Fraktion, das Gebäude zu vermieten. Der Nutzung als Buchhandlung und Kulturcafé/Kommunikationszentrum wurde "erste Präferenz" eingeräumt. Auf diesen Beschluß hatten vor allem Bürgermeister Brehl und sein Erster Stadtrat Vorndran gedrängt, weil die Bewerberauswahl eile. Im Januar schwammen dem Verwaltungschef und seinem Kulturdezernenten die Felle davon. Offensichtlich wurde man sich in der "Rot/Grünen" Rathauskoalition nicht einig, wer denn nun den Zuschlag kriegen sollte. Buchhändler Jansen, Favorit der SPD, zog seine Bewerbung zurück,

nachdem die SPD wohl nicht die Courage hatte, die mehrjährige mietfreie Nutzung des Gebäudes zu vereinbaren. Schließlich hatte man die gewerbliche Nutzung gerade mit Blick auf die Mietereinnahmen angestrebt. Aber auch das Team um Buchhändler Giebel - eher von den Grünen favorisiert - bekam den Zuschlag nicht. Der Bürgermeister, der das Thema zunächst nicht schnell genug als "Chefsache" an den Magistrat ziehen konnte, hat jetzt erst einmal die Bremse angezogen - vor Ende 1993 sei kaum damit zu rechnen, daß im alten Rathaus neues Leben blüht. Und wenn er schon nicht die Lorbeeren ernten kann, zügig das Gebäude an den Mann gebracht und die Stadt kulturell bereichert zu haben, so will er erst recht nicht den Vorwurf von Buchhändler Jansen auf sich sitzen lassen, "sehr naiv, blauäugig und unkundig" in die Verhandlungen gegangen zu sein. Nur wird er das schwer der Opposition anlasten können, schließlich hat er sich um die Verhandlungsführung gera-

dezu gerissen. So wird es wohl an ihm und seiner Koalition hängen bleiben - sie sind mit dem Versuch, der Stadt Mieteinnahmen und den Bürgern von Mörfelden-Walldorf eine Bereicherung des Kulturangebots zu servieren, zunächst einmal gescheitert. Da in absehbarer Zeit nicht zu erwarten steht, daß es Bernhard Brehl gelingt, einen "Geschäftsmann" über'n Tisch zu ziehen, sondern eher damit zu rechnen ist, daß ein Nutzungskonzept à la Jansen auf Jahre hinaus Städtische Zuschüsse bedeutet, gewinnt die Nutzung in städtischer Regie neue Bedeutung. Bleibt die Frage, ob unter den gegebenen Umständen die Beschlußlage des Stadtparlaments nicht zu überdenken und zu korrigieren ist, das alte Rathaus einer gewerblichen Nutzung zuzuführen. GS

Wünschenswert und Notwendig

Natürlich stimmt es - den Kommunen fehlen die finanziellen Mittel, um wichtige kommunale Probleme zu lösen. Deshalb sind Kommunalpolitiker auch oft gezwungen, pragmatisch zwischen dem Wünschenswerten und dem Notwendigen zu entscheiden. Sauberes Trinkwasser, eine gute Kläranlage, ordentliche Straßen, Wohnungen, vernünftige soziale Verhältnisse - alles notwendige Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen. Andere Vorstellungen, die wünschenswert, müssen oft, wohl oder übel, zumindest zeitweise zurückgestellt werden. Daran muß man denken, wenn es um die Nutzung des alten Rathauses in Mörfelden oder an den Umbau des Walldorfer Rathauses geht. Nehmen wir das Mörfelder Rathaus. Es steht schon lange leer. Und es wird wahrscheinlich noch lange Jahre leerstehen, nachdem sich die Kulturzentrumspläne vorerst zerschlagen haben. Warum sollte dann eigentlich eine langdiskutierte Variante: Nutzung für die Verwaltung nicht erneut aufgegrif-

fen werden. Immerhin bezahlt die Stadt monatlich 2.250 DM Miete für die in die Kirchgasse ausgelagerten Stadtwerke.

Nehmen wir noch was "Wünschenswertes", den Umbau des Walldorfer Rathauses. So wie es aussieht, soll großzügig umgebaut werden. SPD, GBL und CDU wollen es so. Ob 12 Millionen reichen werden, wird man sehen. Auch hier sollte gelten: erstmal das "Notwendige". Man muß alles tun, damit die Kolleginnen und Kollegen dort ordentlich arbeiten können, muß aber die Kosten in Grenzen halten. Wir brauchen nun wirklich keinen "repräsentativen Selbstdarstellungsraum" für die Ortsparlamentarier, wie es bei der CDU formuliert wird. Wir brauchen auch keine Sitzungszimmer für die einzelnen Fraktionen.

Wahrscheinlich ist dann die Rathaus-Rekonstruktion für die Hälfte zu haben. Das eingesparte Geld kann man gebrauchen für Notwendiges: zum Beispiel für den Neubau von Kindereinrichtungen; bei den Wartelisten, die es heute schon gibt, und erst recht morgen, eine absolute Notwendigkeit. rh

LESERBRIEF

Umweltbewußtsein wird von den Behörden bestraft

Wir sind eine 4-köpfige Familie, wohnhaft in Mörfelden und entsorgen unseren Hausmüll umweltgerecht. D.h. Glas, Papier, Weißblech, Kunststoff, div. Sondermüll (Batterien, Arznei, Farben etc.) und der Komposter trägt noch einen Großteil dazu bei. Aufgrund dieser Privatinitiative ist unsere 50 l Mülltonne wöchentlich nicht mehr gefüllt.

Auf die telefonische Anfrage bei der Stadtverwaltung, ob wir denn nicht eine kleinere 35 l Tonne bekommen könnten, erhielt ich folgende Antwort: "Bei dem 4-Personen-Haushalt kriegen Sie Ihre Mülltonne nicht voll? Das gibt es nicht, dann kippen Sie Ihren Müll in den Wald." (Wortlaut der zuständigen Beamtin.)

Dessen nicht genug, wurde ich noch zu einem anderen Beamten weiterverbunden, der mir versicherte, daß ein 4-Personen-Haushalt laut Magistratsbeschluß eine 50 l Tonne haben muß.

Zu guter letzt warf er mir noch vor, ich sei nicht umweltbewußt, sondern scharf aufs Geld.

Meine Frage: Muß man sich so etwas gefallen lassen? Sollte man nicht die Privatinitiative einzelner unterstützen, anstatt die Leute zu beschimpfen und auf Paragraphen zu reiten.

Die wachsenden Müllberge als Vermächtnis sind eigentlich kaum noch zu verantworten und unsere Kinder verstehen nun überhaupt nichts mehr.

Marianne Pitino, Forsthausstraße 23, 6082 Mörfelden

Kurz notiert

"Taube Ohren?"

Seit April letzten Jahres ist das Altenhilfenzentrum in Betrieb, doch die Handwerker ziehen nicht ab. Jüngst rückte wieder ein Bautruppp mit Preßlufthammer an und stemmte den Boden über der Küche auf. "Dort regnet es schon zum zweitenmal rein", berichtete eine dort Beschäftigte. Im Garten läuft das Wasser nicht ab, erneute Drainagen sind nötig, Flachdächer sind undicht, im Schwimmbad zeigen Fliesen Risse . . .

Nun ist es normal, daß bei einem Neubau Mängel an Gebäudeteilen und Einrichtungen auftreten. Sie müssen gemeldet und beseitigt werden; und dies möglichst noch innerhalb der oft knapp bemessenen Gewährleistungsfristen. Das Bauamt der Stadt muß Anlaufstelle, Organisator und Kontrolleur sein. Wir konnten es eigentlich nicht glauben, was eine Bedienstete des Heimes sagte: "Die Stadt hat in Sachen Mängel taube Ohren!" RD

Korruption

Immer häufiger liest man in den letzten Wochen von Korruption in den Rathäusern in und um Frankfurt. Bürgermeister, Erste Stadträte von SPD bis CDU, Bauamtsleiter, Stadt- und Kreistagsabgeordnete sitzen in Untersuchungshaft, weil sie Hunderttausende von Mark eingestrichen haben. Bezahlt aufgrund überteuerter Abrechnungen aus den Stadtkassen. "Die Geschichte des Korruptionskandals im Taunus wurde von Politikern, Bauunternehmern und dem Bad Homburger Ingenieurbüro Niklas geschrieben", schrieb die "Frankfurter Rundschau" am 13. Februar 1992. "Inzwischen hat die Affäre den benachbarten Main-Taunus-Kreis erfaßt.

. . . Der Bestechungsskandal könnte sich zudem auf den Kreis Limburg-Weilburg ausdehnen. Denn auch dort war Niklas tätig." hieß es da weiter.

P.S.: Das Ingenieurbüro Niklas hat in den vergangenen Jahren auch öffentliche Bauprojekte in unserer Stadt betreut. Wie man hörte, werden inzwischen im Rathaus alte Akten gewälzt. GS

Hundedreck

Es ist bekannt, daß in letzter Zeit auch in unserer Stadt der Hundedreck auf Gehwegen und Spielplätzen schon viel Ärger ausgelöst hat. Es wäre verkehrt, diesen Ärger als Hundefeindlichkeit zu bezeichnen. Viele wissen, daß gerade die Vierbeiner gute Freunde älterer Bürger, aber auch der Kinder sind.

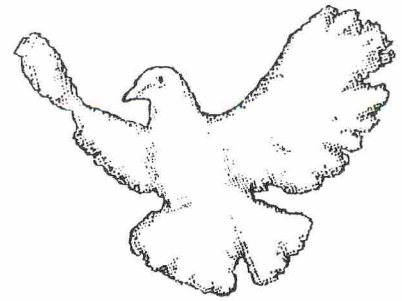
Trotz dieser bekannten Tatsachen sollten die Hundebesitzer auch mal darüber nachdenken, ob sie nicht ein bißchen an die anderen Bürgerinnen und Bürger denken sollten. Wir hoffen eigentlich auf die Einsicht und Selbstdisziplin der Hundehalter. Sie könnten ihren Lieblingen einen besseren Platz für ihre "Geschäfte" zuweisen, als es Gehwege oder gar Kinderspielplätze sind.

Sicherlich kann man davon ausgehen, daß sich auch schon einmal ein Hundebesitzer darüber ärgerte, wenn er selbst oder seine Kinder mit ihren Schuhen eine Hundekotspur und unangenehme Duftnote in die Wohnung getragen haben. Das aber muß nicht sein. Eine kleine Schippe und ein Plastikbeutel schaffen in solchen Fällen Abhilfe, in denen es der Vierbeiner nicht mehr zu einem passenden Platz schafft.

Wir sind davon überzeugt, daß Vernunft und Einsicht bessere Ratgeber sind als die Einführung von Buß- oder Ordnungsgelder.

Preise

Wie dieser Tage der Lokalpresse zu entnehmen war, gibt es in Walldorf-Ost geeignetes Gelände für einen Spielplatz - zum "normalen Baulandpreis". Bürgermeister Brehl wurde mit den Worten zitiert: "Wer den kennt, weiß, daß das ein ziemlich tiefer Griff in die Tasche ist. Es ist die Frage, ob man für einen Kinderspielplatz Baulandpreise akzeptieren will." Über Baulandpreise und wer sie in unserem Land macht, wollen wir an dieser Stelle nicht streiten. Wenn die Stadt allerdings - wie schon geschehen - in Innenstadtbereichen Baulandpreise zur Schaffung von Parkplätzen bezahlt, dann sollte das im Interesse unserer Kinder erst recht für einen Spielplatz möglich sein. Oder gehört nach Auffassung der "rot/grünen" Rathauskoalition die Zukunft in den Innenstädten neuerdings wieder dem Auto? GS



HILFE FÜR TSCHERNOBYL

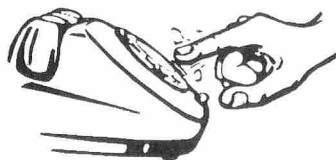
Besuch russischer Kinder aus dem Kreis Bychow

Über 5 Jahre sind vergangen seit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Die Folgen für die Gesundheit der Menschen in den verstrahlten Gebieten werden immer stärker sichtbar. Besonders viele Kinder leiden unter Schilddrüsenerkrankungen, Leukämie und einer Schwächung des Immunsystems. Die Friedensinitiative Mörfelden-Walldorf organisiert in der Zeit vom 15. Juli bis Ende August '92 für 25 Kinder aus der Kreisstadt Bychow (Weißrussland) einen Ferienaufenthalt in Mörfelden-Walldorf. Mitglieder der Friedensinitiative haben vor Ort sichergestellt, daß insbesondere Kinder aus kinderreichen und sozial schwachen Familien bevorzugt werden. Ärzte und Ärztinnen vor Ort haben deutlich gemacht, daß es für die Kinder wichtig ist, wenigstens zeitweise von der verstrahlten Nahrung und Umgebung fortzukommen. Zur Finanzierung der Kosten von ca. 40.000 DM ist die Friedensinitiative auf eine breite Unterstützung angewiesen. Daher geht auch von der "blickpunkt"-Redaktion die Bitte an Sie, helfen Sie mit einer Spende, den Kindern die geplanten Ferien zu ermöglichen.

Spenden können Sie auf die Konten der Walldorfer Volksbank BLZ 508 652 24, Konto Nr. 100045560, Kreissparkasse Groß-Gerau BLZ 50852552, Konto 6060602 Stichwort: Kinder aus Bychow.

Einfach anrufen . . .

- Sicher haben Sie schon oft gedacht - "das wär was für den "blickpunkt".
- Also, demnächst einfach anrufen!
- Tel. 23366, 22362, 3335, 3859.



Dunkle Ecken in der Stadt

Auch im Stadtteil Mörfelden läßt die Ausleuchtung der Straßen bei Dunkelheit noch an manchen Stellen zu wünschen übrig. Als eine der dunkelsten Stellen ist sicherlich der obere Abschnitt der Liebknechtstraße zu bezeichnen. Das Magistratsmitglied Heinz Hechler hat deshalb schon mehrmals, und zwar schon im Januar 1990, im Januar '91 und im Februar '92, in Sitzungen darauf hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß dort doch etwas geschehen müsse. Schon auf die Anfrage vom Januar '90, kam die Antwort aus dem Bauamt, daß die HEAG in nächster Zeit die Straßenbeleuchtungsanlagen auf den neuesten Stand bringen würde, aber eine vorweggenommene Einzelmaßnahme der Stadt, zwischen 2000,- und 3000,- DM kostet. Bis heute geschah jedoch nichts. Wir meinen, die Sicherheit unserer Bürger sollte uns das Geld wert sein, zumal an anderer Stelle manchmal leichter Hunderttausende ausgegeben werden.

Jetzt haben die Anwohner dieser Straße eine Unterschriftsliste mit folgendem Text eingereicht, die von unserer Seite volle Unterstützung findet:

Straßenbeleuchtung Liebknechtstraße, Abschnitt Heinestraße/Georg-Büchner-Straße

Der oben beschriebene Abschnitt der Liebknechtstraße zählt leider schon seit Jahren zu den schlechtest beleuchteten Straßen im Stadtteil Mörfelden. Die Anlieger und Anwohner hofften bisher vergebens auf die Fortführung der Modernisierung wie im unteren Abschnitt der Liebknechtstraße vorhanden. Für die immer mehr zunehmende Einbruchs-Kriminalität bietet sich dieses Teilstück geradezu an. Außerdem ist der Plattenbelag der Bürgersteige derart uneben, daß sich ältere Personen bei Dunkelheit nicht mehr vor ihre Grundstücke getrauen. Die Anlieger und Anwohner der Liebknechtstraße, Teilabschnitt Heinestraße/Georg-Büchner-Straße, bitten deshalb um Mitteilung, bis zu welchem Zeitpunkt mit der Verbesserung der Straßenbeleuchtung gerechnet werden muß.

Kinderfreundlich?

Die Feststellung, daß Deutschland kein kinderfreundliches Land sei, haben wir nicht erfunden. Wir haben jedoch schon oft auf Notstände und Mängel hingewiesen. Probleme in der Kinderbetreuung spitzen sich in unserer Stadt wieder einmal zu.

Das Angebot für Kinderkrippenplätze ist äußerst knapp bemessen. Lange Wartezeiten und Selbsthilfe der Eltern ist der Normalfall. Ebenso schlecht sieht es bei den Kindergärten aus. Offiziell nennt man die Zahl von 90 fehlenden Plätzen - die eigentliche Zahl von Kindern mit Anspruch auf einen Kindergartenplatz dürfte erheblich höher liegen - das ist ein kompletter Kindergarten. Laut Aussage des Bürgermeisters ist ein weiterer Kindergarten aber erst mit der Bebauung Plassage/Lange Äcker realisierbar. Das dauert dann sicher noch gut drei Jahre, bis der Engpaß beseitigt ist. Bis dahin ist die Bevölkerung aber wohl um 2000 Einwohner gestiegen, und die Kindergartenplätze reichen auch dann nicht aus.

Eine lange Warteliste gibt es bei der Hausaufgabenhilfe. Diese vorbildliche Einrichtung, die gerade die Hilfe für benachteiligte Schüler (vor allem Ausländerkinder) zum Ziel hat, platzt aus allen Nähten. Ca. 90 Kinder stehen auf der Warteliste, sagte man uns.

Die Kinderhortplätze decken ebenfalls nicht die Nachfrage. Hier müßte über die private Initiative schnellstens positiv entschieden werden. Obwohl dieses auch nicht die Lösung des Problems bedeuten würde, dafür ist der Bedarf zu groß.

Mit dem vorliegenden "Kindertagesstättenentwicklungsplan", der nun diskutiert wird, sollte man Beschlüsse fassen, die zeitnah realisiert werden müssen. "Wer in die Kinder investiert, investiert in die Zukunft", sagt das Sprichwort. RD

Selbstzufrieden

Neues Jahr - neue Sprüche! So etwa könnte man die Reden zum Neujahrsempfang der SPD abtun. Wer sich soviel Eigenlob zollt, der muß es nötig haben. Die Sozialwohnungen und das Altenzentrum werden als Leistungen der SPD aufgezählt (alle im Parlament vertretenen Parteien haben für diese Sozialeinrichtungen gestimmt). Wenn die SPD dies aber allein für sich reklamiert, dann sollte sie auch dafür allein bezahlen. Doch die Rechnung wird dem Bürger aufgemacht. Die 90 Millionen DM Schulden und die dafür aufzubringenden Zinsen wird jeder von uns bezahlen. Wie? - über die Steuern und Gebührenhaushalte.

In der Lobhudelei wurde leider verschwiegen, daß die Wassergebühren, um 28% (die nächste Erhöhung ist dieses Jahr geplant), die Kanalgebühren um 28%, die Gewerbesteuer um

30 Punkte angehoben wurden. Muß es denn immer nur unsere Rolle sein, darauf hinzuweisen, daß die Finanzausstattung der Kommunen gemessen am Gesamtsteueraufkommen und gemessen an den steigenden Aufgaben immer geringer wird? Der Bund nimmt die Länder mehr in die Pflicht, die Länder die Kreise, diese wiederum halten sich an den Kommunen schadlos. Und die Kommunen geben die Belastungen an die Bürger weiter. "Die Letzten beißen die Hunde", sagt das Sprichwort. Diese haben ihrerseits nicht die Möglichkeit, die gestiegenen Belastungen weiterzugeben. Uns ärgert, daß die Sozialdemokraten das alles ohne jeden Protest, ohne kritischen Unterton, so quasi als gottgegeben, hinnehmen. Ist es etwa normal, daß die Kreisumlage binnen Jahresfrist um 23,4% steigt? Und da fand Landrat W. Blodt noch lobende Worte beim Neujahrsempfang. RD

**Jede Spende
hilft dem
»blickpunkt«!**

Harte Auseinandersetzung zu erwarten

Am 7. Februar fand die erste Verhandlung in der diesjährigen Tarifrunde für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post statt. ÖTV und DAG fordern 9,5% mehr Lohn. Bundesinnenminister Seiters (CDU) als Verhandlungsführer der Arbeitgeber legte kein Angebot vor. Er betonte aber, daß die 6%ige Lohnerhöhung von 1991 in diesem Jahr nicht annähernd wiederholbar sei. Tarifpolitik müsse ihren Beitrag zur Vermeidung der verhängnisvollen Abfolge von Preissteigerungen, höheren Löhnen und erneuten Preissteigerungen leisten - war zu hören. Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst müssen sich daher auf eine harte Auseinandersetzung einstellen. Angesichts der Verhandlungsposition der öffentlichen Arbeitgeber, die auf Reallohnverluste hinauslaufen, ist nur mit einer kämpferischen Einstellung ein erfolgreicher Abschluß zu erwarten. Die Arbeiter, Angestellten und ihre

Familien in unserer Stadt - egal in welcher Branche sie tätig sind - wissen, daß schon immer jede Mark mehr Lohn und Gehalt, jeder soziale Fortschritt, den Arbeitgebern hart abgerungen werden mußte. Dies gilt heute um so mehr, weil nach dem Zerfall der "sozialistischen" Länder, der ganz normale Kapitalismus versucht, soziale Errungenschaften abzubauen und bei den Tarifen zu drücken.

Unsere ganze Unterstützung gilt deshalb den Kolleginnen und Kollegen, die in den nächsten Wochen und Monaten im Lohnkampf stehen werden. Für diese Millionen von Menschen in unserem Land geht es um den gerechten Anteil an den mit ihrer Arbeit geschaffenen Werten. Sie haben keinen Anlaß, sich von ihren Forderungen abbringen zu lassen - schon gar nicht von Leuten, die bei Jahreseinkommen von 250 000.- DM und mehr überhaupt nicht daran denken, sich zu maßigen. GS

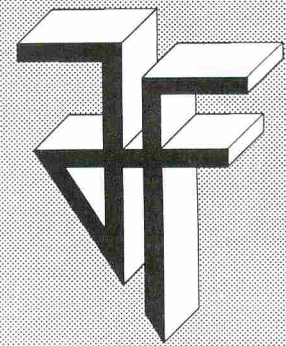
Das Zitat:

IGM-Chef Franz Steinkühler in der "Frankfurter Rundschau", (5.2.1992):

"Eine Situation ist neu: Seit die Systemkonkurrenz weggefallen ist, seit der real existierende Sozialismus zusammengebrochen ist, nimmt bei den Arbeitgebern der Trend zu, den Begriff 'sozial' in Zusammenhang mit Marktwirtschaft zu streichen und 'frei' in den Vordergrund zu schieben. Frei heißt bei den Arbeitgebern: Menschen zu beschäftigen oder nicht, zu Arbeitszeiten, die nur für die Firmagut sind. Frei heißt, nur nach Profit zu handeln, gegen das Grundgesetz zu verstoßen, das die Sozialbindung des Eigentums verlangt. Die Arbeit-

geber sehen wohl die Zeit für gekommen an, die 'Last' der Sozialverpflichtung ihres Handelns abzustreifen, die sie bislang nur beklagt haben.

... Wenn die Gewerkschaften so wären, wie sie in der Öffentlichkeit im Moment dargestellt werden, dann gäbe es weitaus höhere Forderungen und die Gewerkschaften müßten härter zulangens. Es ein sozialer Skandal, daß die Umverteilung immer mehr zu Lasten der Arbeitnehmer geht, daß die Wiedervereinigung zu einem Sonderwirtschaftsprogramm für die deutsche Industrie geworden ist. Es ist ein Skandal, den wir mit Solidaritätszuschlägen bezahlen müssen, weil die Sonderumsätze der westdeutschen Industrie zu Zusatzarbeitslosigkeit im Osten geführt haben."



Jaekel und Fröbig

Bauunternehmen

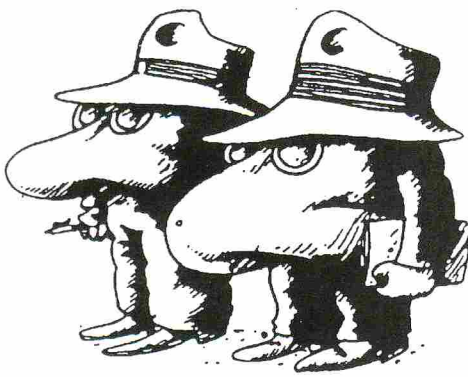
Martinstraße 32
6087 Büttelborn
Telefon 061 52/53237
und 81409

**Maurerarbeiten
Außenanlagen
Umbau - Ausbau**

Bundesbank erzielt Rekordgewinn

Die Bundesbank hat 1991 einen Rekordgewinn von annähernd 20 Milliarden DM erzielt. Nicht zuletzt aufgrund ihrer eigenen Hochzinspolitik wird damit das Ergebnis des Jahres 1990 von 9,1 Milliarden DM mehr als verdoppelt.

Der Reingewinn dürfte bei 18 bis 19 Milliarden liegen. Die größte Gewinnquelle waren wiederum die hohen Zinseinnahmen bei Krediten an inländische Banken.



20 Jahre Berufsverbot

Vor 20 Jahren, am 28. Januar 1972, beschlossen die Ministerpräsidenten der Länder den sogenannten Radikalen-Erlass. Initiator war die SPD unter ihrem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt, die grundgesetzlich garantiertes Recht außer Kraft setzte. In diesem Beschluß wurde u.a. festgelegt, "die Einstellung in

den öffentlichen Dienst setzt voraus, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt." In fataler Weise erinnert der Ministerpräsidentenerlaß an ein anderes Gesetz, jenes der Hitler-Regierung vom 7. April 1933 zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums: "Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden."

Die von einer sozialdemokratischen Regierung erdachte Berufsverbotspraxis wegen politischer Gesinnung führte zu vier Millionen Überprüfungen und zu 11.000 Verfahren gegen Bundesbürger. 136 wurden entlassen, 2.200 mit Disziplinarmaßnahmen belegt. Noch heute sind Gerichte mit 20 Verfahren beschäftigt. Zwar haben sich die meisten der alten Bundesländer von der Keule Gesinnungsüberprüfung verabschiedet, doch damit ist diese dem Grundgesetz wider-

sprechende Politik noch lange nicht erledigt. Neben Bayern und Baden-Württemberg wird im Osten weiter überprüft. Pauschalurteile ersetzen fachliche Prüfung. Mit der Stasi-Keule werden Berufsstände wie die Lehrer diskriminiert. Die bloße Vermutung von Stasi-Mitarbeit reicht aus, Leute aus ihrer beruflichen Laufbahn zu werfen. Kampagnen gegen die Charité und die Humboldt-Universität lieferten dazu die schwärzesten Beispiele.

Die Verfertiger solcher Pauschalurteile kommen aus dem Westen, berufsverbotserfahren, die Angeklagten sitzen im Osten. Ganz zu schweigen von arbeitslosen Bewerbern, die nirgends eingestellt werden, weil sie politisch verdächtig werden, weil sie nicht das jetzt passende Parteibuch vorweisen können. Gegen Nichteinstellung kann niemand klagen.

Es ist längst an der Zeit, ein düsteres Kapitel, das der Berufsverbote, endgültig abzuschließen: in West- und auch in Ostdeutschland.

Wieviel Leichen hat der Verfassungsschutz im Keller?

Bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn-West erlebten wir, mit welchen Mitteln die Gegenseite versuchte, den Widerstand der Bürgerbewegung zu brechen. Da tauchten welche auf im Räuberzivil, mit Knüppeln bewaffnet. Provozierten, schufen die jeweils passende polizeitaktische Situation. Andere saßen mit großen Ohren in jeder BI, auf Vollversammlungen, schrieben mit, was das Zeug hielt, legten Akten an. Manchmal wurde einer enttarnt, die meisten nie. Oder nehmen wir die vier Millionen Überprüfungen bei den Berufsverboten, vier Millionen Akten über Personen, Disziplinarverfahren, Verfolgungen. Gar nicht zu reden von den vielen Geheimdienst-Skandalen hierzulande. Jetzt erst wurde bekannt, daß ein Verfassungsschutz-Kontaktmann, der jahrelang auf Startbahn-Gegner angesetzt war, im Zwielficht des Herrhausen-Mordes steht.

Landrat Blodt hat jetzt durch seine Vertretung Baldur Schmitt eine "Rundverfügung Nr. 12/1992" auf die Rathäuser des Kreises Groß-Gerau schicken lassen. Darin wird erläutert, wie man Einsicht in Stasi-Akten erlangen kann.

Entsprechende Formulare gibt es beim:

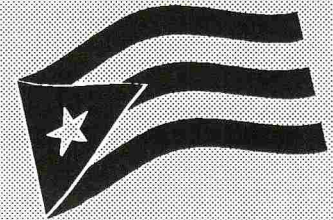
**Bundesbeauftragten für die
Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Joachim Gauck,
Behrensstr. 14-16, Postfach 1199,
O-1086 Berlin.**

Damit die Sache Hand und Fuß hat, nennen wir noch zwei Adressen, wo es evtl. Auskünfte gibt:

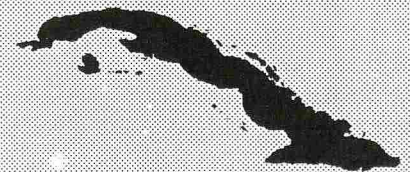
**Landesamt für Verfassungsschutz
Hessen
Postfach 3905,
W-6200 Wiesbaden 1,
Tel.: 0611/ 7200, Fax 0611/ 74376**

**Hessischer Datenschutzbeauftragter
Postfach 3163,
W-6200 Wiesbaden 1.**

In Frankfurt/Main haben sich Wissenschaftler, Pädagogen, Journalisten zusammengeschlossen, um Einsicht in ihre Akten zu erreichen. Wie der Sprecher der Gruppe, Heiner Halberstadt, mitteilte, will man einen Teil des kalten Krieges durch die Akteneinsicht aufarbeiten. Die Adresse der Initiative:
**IKO-Verlag, Postfach 900965,
6000 Frankfurt am Main 90.**



Solidarität mit Kuba



Ein Tanker Öl für Kuba

**Spendenkonto:
Postgiroamt Köln
Konto-Nr. 253525-502,
BLZ 37010050,
Stichwort: Kuba**

Anfordern! (... aber alles)

Alle reden von der Stasi und dem Spitzelsystem der ehemaligen DDR. Ohne Zweifel ein weiteres trauriges Kapitel deutscher Geschichte undemokratisch, menschenverachtend. Seit einigen Wochen dürfen Betroffene ihre Akten einsehen. Eine Aufarbeitung - sofern sie gewollt ist - scheint immerhin möglich, wenn auch bei dem bisherigen Umgang eher zweifelhaft. Kein Zweifel besteht dagegen zur Zeit daran, daß die "Altbundesländer" überhaupt nicht daran denken, den vom Verfassungsschutz bespitzelten Bürgern unseres Landes Einsicht in ihre Akten zu gewähren. Und daß es da nicht anders zugeht und -geht als im Osten, zeigt schlaglichtartig der Fall eines ehemaligen Verfassungsschutz-Mitarbeiters aus Bad Homburg, der den Mördern des Chefs der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, Quartier gegeben und andere Hilfsdienste geleistet haben soll. Jetzt gilt er als schutzwürdiger Kron-

zeuge gegen die Täter, die in RAF-Kreisen angesiedelt werden. Und am Rande kommt heraus, daß er "von 1982 bis 1986 als Spitzel in der Widerstandsszene der Frankfurter Startbahn West" geführt wurde. Fälle wie dieser, die sicher keine Einzelfälle sind - und die Bürgerinnen und Bürger von Mörfelden-Walldorf können ein Lied davon singen - machen deutlich: Der Verfassungsschutz in unserem Land bewegt sich wie die Stasi in einer Grauzone von Bespitzelung demokratischer Bewegungen, Provokation und Beteiligung an kriminellen Handlungen. Daß sich das Amt und die politischen Kräfte, die es stützen, zur Zeit als Sieger der Geschichte darstellen, macht ein solches Treiben nur unerträglicher. Bleibt die Frage, wie lange sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes das noch bieten lassen. Wer sich gegen das Wirken der Stasi wendet und seine Akte dort anfordert, der sollte konsequenterweise auch Einsicht in seine Verfassungsschutz-Akte verlangen. Davon ist bisher noch viel zu selten die Rede.

Gerd Schulmeyer

Millionen Menschen ohne Arbeit

Im Januar ist es zu dem vorausgesagten Einbruch auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt gekommen. In den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins erhöhte sich die Zahl der Erwerbslosen gegenüber Dezember um 305.700 auf 1.343.400. Die Quote stieg nach offiziellen Angaben der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit von 11,8 auf 17 Prozent. Nach wie vor wird der Arbeitsmarkt Ost in einem Umfang von rund 1,9 Millionen durch Arbeitsmarktpolitik entlastet. Insgesamt sind also in Ostdeutschland weit über drei Millionen Menschen ohne regulären Arbeitsplatz. Vom sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit waren Frauen erneut stärker betroffen als Männer. Der Anteil der weiblichen Arbeitslosen erhöhte sich weiter, auf der derzeit 62 Prozent. Ende des Monats nutzten 445.000 Arbeitnehmer eine vom Arbeitsamt finanzierte Fortbildung, Umschulung oder betriebliche Einarbeitung. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) waren 393.500 zuvor Erwerbslose beschäftigt, 3.600 mehr als Ende Dezember. Vorruhestandsregelungen nahmen - eher gezwungenermaßen denn freiwillig - 762.000 Personen in Anspruch. 328.000 davon bezogen Vorruhestandsgeld und 434.000 Altersübergangsgeld. Im alten Bundesgebiet zählten die Arbeitsämter Ende Januar 1.875.100 Arbeitslose, das sind zwar nur 1.100 mehr als vor einem Jahr, aber 143.900 mehr als vor einem Monat. Die Arbeitslosenquote war mit 6,3 Prozent ebenso hoch wie vor einem Jahr. Ende Dezember hatte sie noch bei 5,8 Prozent gelegen. Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich um 41.800 auf 215.000.

Vergangenheitsbewältigung oder neue moralische Diskreditierung

Jeden Tag neues über die Stasi. Die Öffentlichkeit sollte dabei jedoch nicht übersehen, daß sich die als befreiende Tat gepriesene und von vielen auch so gedachte Öffnung der Stasiarchive auf die Unterlagen eines entmachteten Geheimdienstes bezieht. Die aktiven Geheimdienste bleiben unbetroffen, obwohl es notorisch ist, daß auch sie in großen Umfang Personendossiers erstellt haben und erstellen.

Es gibt sicher eine Reihe von Gründen, das MfS mit dem Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst nicht auf eine Stufe zu stellen. Jedoch zeigen die Erfahrungen mit einem deutschen Geheimdienst - auch hier hätte man früher vieles nicht für möglich gehalten -, daß Geheimdienst eben Geheimdienst ist, dessen wesentlich konspirative Tätigkeit zumindest zum großen Teil vom Mißbrauch der Ahnungslosigkeit und des Vertrauens der Mitbürger lebt. Die Stunde des Staatsbürgers und der Demokratie hat erst dann geschlagen, wenn auch die aktiven Dienste gezwungen werden, offenzulegen, daß und in welchem Um-

fang sie Bürgerinnen und Bürger ausgespäht haben. Zudem sollte bewußt sein, daß die Einsichtnahme eingeschränkt ist.

So wird z.B. tunlichst vermieden, daß etwas ans Licht kommt, was die Tätigkeit westdeutscher Geheimdienste gegen die ehemalige DDR betrifft und was wohl auch in den personenbezogenen Unterlagen des MfS seinen Niederschlag gefunden hat. Das alles steht freilich aus Gründen der "Staatsicherheit" im unzugänglichen Giftschrank.

Einkalkuliert

Der Vormarsch der Habenichtse schreitet in Deutschland zügig voran. Nach Angaben des DGB sind zur Zeit 4,2 Millionen Menschen in einem der reichsten Länder der Erde nicht mehr in der Lage, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten - sie beziehen Sozialhilfe. Nicht geringer ist die Zahl jener, die aus Scham vor einem entwürdigenden Armutsbekenntnis den Gang zum Sozialamt gar nicht erst antreten. Kein Wunder auch, daß zunehmend jüngere Leute betroffen sind: Arbeitslosigkeit ist nach wie vor die Hauptursache für Armut in Deutschland. Eine Tatsache, die den Regierenden und ihren Parteien keinesweges unbekannt ist, gelegentlich auch diskutiert wird, allerdings ohne Konsequenz. Zufällig ist das nicht - Armut ist elementarer Bestandteil marktwirtschaftlicher Politik. Es besteht doch wohl kein Zweifel daran, daß durch eine bessere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in einem wohlhabenden Staat Armut durchaus vermeidbar wäre. Aber warum sollte man? In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft, ohne Lobby und bar jeder ökonomischen Macht können die Armen ihre Rechte ohnehin nicht erzwingen, nicht mal mit einem Streik. Ausgegrenzt und verarmt sind sie als unfähig stigmatisiert. Wachsende Entsolidarisierung tut das Ihre. Sie verhindert auch, daß sie als politische Kraft wirksam werden. In diesem Sinne ist Armut durchaus nützlich. In dem Maße, wie sie zunimmt, steigt die Bereitschaft, auch Arbeitsplätze unter ungünstigen Bedingungen einzunehmen - Arbeitskräfte werden nicht nur billiger, sondern auch williger. Auf daß die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden.

Stadtgeschichten

"Die alten Straßen noch, die alten Häuser noch"? So wie früher besungen stimmt es heute nicht mehr. Auch in der Walldorfer Ludwigstraße hat sich da einiges verändert, wie unser Bild aus den 50er Jahren zeigt. Die drei mittleren Häuser mußten vor Jahren dem Neubau der Walldorfer Volksbank weichen. Das Eckhaus zur Flughafenstraße war das Haus der Familie Tron, in Walldorf genannt "Driwwe Wilhelm" und "Drechsler Lore". Links daneben befand sich ein stattliches Backstein-Doppelhaus der Familien Deckelmann und Pons. Im rechten Eckhaus, dem Haus mit den Federbetten im oberen Fenster, heute die Buchhandlung Giebel, befand sich die Gaststätte "Zum Schützenhof", oder genannt "Schütze-Philipp". Ganz am rechten Rand des Bildes sieht man noch das Lebensmittelgeschäft Schade. Zur Zeit der Aufnahme des Fotos waren Straßenarbeiten im Gange, anscheinend wurde dort gerade der Kanal verlegt.



Internationaler Frauentag 1992

»Solidarität mit den Frauen Lateinamerikas«

Sonntag, 8. März 1992, 10.00 bis 12.30 Uhr,
Bürgerhaus Mörfelden, Clubraum/Bürgerstube

Eine Veranstaltung der
DKP Mörfelden-Walldorf

Alle Bürgerinnen und Bürger sind
herzlich eingeladen.

Das Allerletzte

Radfahrer freut euch - langsam gehts los mit der "fahrradfreundlichen Stadt"!

Nach ungezählten "blickpunkt"-Artikeln zum Thema, nach insgesamt fünf Anträgen der DKP-Fraktion, kam etwas in Gang. Im Rathaus wird bereits an einer Konzeption gearbeitet. Sowie das Wetter besser wird, können die Baukolonnen loslegen.

Irgendwie muß man in der SPD-GBL-Koalition drüber gegrübelt haben. Radwege, ein wichtiges Thema - aber angeleiert von der DKP - und das ein Jahr vor der Kommunalwahl im April '93? Flugs wurde ein Weg gefunden. Man schob halt noch zwei Anträge zum Thema nach. Auf dem Rathaus hörten wir: "War nicht nötig, alles läuft doch bereits!" Warum die SPD-GBL-Radfahrer-Anträge trotzdem kamen? Ei, weschem April 1993! Macht nix. Doppelt gemoppelt hält besser. Mer stimme aach zu - Ehrenwort!

